

Neues Polizeirecht in Sachsen

Die Geschichte des neuen Polizeirechts in Sachsen
Geduld, Hartnäckigkeit - und dennoch kein Ende

Die Novellierung des sächsischen Polizeirechts. Sehr lang hat's gedauert. So lang, dass man sich fast nicht mehr an die einzelnen Maßnahmen in der Chronologie erinnern kann.

Mir persönlich ist noch tief im Inneren bewusst, dass bereits Anfang 2017 dem Polizei-Hauptpersonalrat offenbart wurde, in Sachsen werde an einem neuen Polizeirecht gearbeitet. An einem Polizeirecht, welches grundlegende Veränderungen nach sich ziehen wird und vor allem dreierlei Anlass hat:

- Umsetzung der EU-Datenschutzreform (die Datenschutzgrundverordnung lässt grüßen)
- bundesweite Harmonisierung
- Stärkung der Effizienz der Polizei durch neue, moderne Instrumentarien, deren Handhabung durch gesetzliche Befugnisse legitimiert werden soll

Zur Umsetzung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung, die am 25. Mai 2018 scharf geschaltet wurde (was im Übrigen zwei Jahre vorher bekannt war), möchte ich an dieser Stelle nichts weiter äußern. Erstens, weil ich nicht der Datenschutzexperte bin und zweitens ein gespaltenes Verhältnis zur Umsetzung habe. Wobei ich nicht falsch verstanden werden möchte: Datenschutz ist richtig und wichtig, aber er hat seine Grenzen, wenn wir uns nur selbst im Wege stehen, uns Steine in den Weg gelegt werden und keinerlei Augenmaß mehr zu finden ist.

Die Gesetzesexperten (gepaart mit dem richtigen Datenschutzwissen) werden schon wissen, was so alles in das neue Polizeirecht reingehört ... schließlich ist es ja nicht einfach, allen Seiten gerecht zu werden.

Aber auch über eine bundesweite Harmonisierung des Polizeirechts gibt es nicht viel zu sagen. Trotz der Ankündigung der Innenministerkonferenz (noch unter Führung von Sachsens In-

nenminister Markus Ulbig) sind wir vom Musterpolizeigesetz noch Lichtjahre entfernt.

Doch am wichtigsten (die Datenschützer mögen es mir verzeihen) für uns als Gewerkschaft der Polizei ist doch (schon aufgrund unseres Satzungsauftrages, unter anderem die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern), dafür zu sorgen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen effizient arbeiten können und vor allem an der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben. Das Polizeirecht in Sachsen hatte sich seit vielen Jahren nicht mehr grundlegend geändert, doch die Zeit ist fortgeschritten und nicht an der Polizei vorbeigegangen.

Schon in der bereits erwähnten Sitzung des Polizei-Hauptpersonalrats 2017 war die Rede von unbedingt notwendigen Grundinstrumentarien, die der Polizei in modernster Form zur Verfügung gestellt werden müssten, wie z. B.

- die Identifizierung mit DNA-Analyse
- die Erhöhung der Effizienz von Automatischen Kennzeichenleitsystemen
- die erweiterte Videoüberwachung
- der Eigenschutz der Polizisten (z. B. durch den Einsatz der BodyCam)
- die Befugnisse zur Gefahrenabwehr bei Gefährdern (z. B. Fußfessel)

Aber auch die technischen Veränderungen im gesellschaftlichen Leben bedürfen der Anpassung der Befugnisse der sächsischen Polizeibeamtinnen und -beamten. Unter anderem waren auch die Quellen-TKÜ



Hagen Husgen

und die Onlinedurchsuchung bereits vor zwei Jahren auf der Liste einer Kabinettsvorlage zu finden. Man kann also durchaus sagen, dass man die Zeichen der Zeit erkannt hatte und nun Nägel mit Köpfen machen wollte.

Zugegeben: die Zeitschiene mit einer angedachten Parlamentsverabschiedung im Frühjahr 2018 war schon etwas sportlich veranschlagt. Bei solch einem brisanten Thema muss man immer mit Unwägbarkeiten rechnen, damit, dass auch wirklich jeder mitsprechen möchte und seine Interessen ins Spiel bringt. Nicht nur die Politik ist bei diesem Thema mehr als zwiegespalten, auch die Bürgerinnen und Bürger haben verschiedene Interessen (motiviert aus den unterschiedlichsten nicht immer nachvollziehbaren Beweggründen). Und selbstverständlich ist auch in den Reihen der Polizei nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen.

Und dann kommt auch noch die Gewerkschaft der Polizei Sachsen (GdP) ins Rennen. Und die hat auch noch ihren Senf dazugeben. Muss das sein? Ja,

Fortsetzung auf Seite 2

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Juni 2019**, war der **3. Mai 2019**, für die Ausgabe **Juli 2019** ist es der **31. Mai 2019** und für die Ausgabe **August 2019** ist es der **5. Juli 2019**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

aber selbstverständlich! Genau hier geht es nämlich ans Eingemachte. Hier werden gesetzliche Pflöcke eingeschlagen, die über Jahrzehnte halten müssen und unseren Arbeitsalltag bestimmen werden.

Aus diesem Grund haben wir darauf gepocht, angehört zu werden und die Bedenken und Sorgen von der Basis ins Hohe Haus der sächsischen Politik zu transportieren - weitab von persönlichen Befindlichkeiten und polemischem Gequatsche.

Am 12. November 2018 befasste sich der Innenausschuss des Sächsischen Landtags in einer Expertenanhörung mit dem Entwurf zum Polizeirecht. Aufgrund der zahlreichen Vorgespräche von Vertretern der GdP Sachsen mit politisch Verantwortlichen waren viele unserer Forderungen bereits in diesem Entwurf enthalten, aber wichtige Befugnisse fehlten weiterhin. Unser Sachverständiger Peer Oehler bekräftigte vor Ort mit der für die GdP bekannten Fach- und Sachkompetenz die Notwendigkeit fehlender Befugnisse (z. B. BodyCam, Quellen-TKÜ und Online-durchsuchung).

So stellte er klar, dass die Polizei alles andere als willkürlich und nach eigener „Lust und Laune“ die entsprechenden Befugnisse nutzen wird (und nicht nur möchte), sondern hinter jeder dieser tiefgreifenden Grundrechtseingriffe ein Richtervorbehalt steht. Damit wird die Gewaltenteilung im Staat gänzlich eingehalten und sachgerecht geprüft, bevor die Anordnung einer solchen Maßnahme erfolgt. Dadurch entsteht auch Sicherheit bei den ausführenden Beamten.

Die Frage ist nur, ob diese Ausführungen tatsächlich immer dort ankommen, wo sie ankommen sollen. Wird das Gesagte zur Kenntnis genommen oder bestätigt sich die durchaus aufkommende Vermutung des geneigten Zuhörers im Landtag, dass sich viele der Abgeordneten bereits in ihrer Meinung festgelegt haben? Vielleicht sogar nachvollziehbar (wenn aber auch nicht verständlich), wenn man analysiert, worauf diese Festlegungen im Einzelnen beruhen könnten. Manchmal sind es interne Absprachen, denen im Rahmen der Fraktionsdisziplin gefolgt wird. Manchmal

sind es der Partei in ihrem Wesen innewohnende Gründe. (Wir sind schon immer dagegen, weil wir dagegen sein müssen!) Und manchmal sind es vielleicht sogar ganz persönliche Überzeugungen.

Doch wie sagte der Römer Publius Ovidius Naso? „Gut Ding will Weile haben!“ Oder frei nach Johann Wolfgang von Goethe: „Wer's Recht hat und Geduld, für den kommt auch die Zeit!“

Und wir als Gewerkschaft der Polizei Sachsen haben neben dem Verstand auch die Geduld, immer wieder den Fuß in der Tür zu haben und unseren Forderungen durch starke Argumente Ausdruck zu verleihen. Ein offener Brief der GdP, in dem Klartext und den einzelnen Koalitionspartnern ins Gewissen geredet wurde, führte dazu, dass sich am 8. Februar 2019 die sächsische Koalition doch noch darauf einigte, die BodyCam im neuen Polizeivollzugsdienstgesetz zu verankern. Die Medien berichteten darüber.

Unser Handeln und unsere Hartnäckigkeit führten dazu, dass am 12. März 2019 eine erneute Anhörung von Sachverständigen im Sächsischen Landtag stattfand. Ergebnis: die BodyCam wurde ins sächsische Polizeirecht aufgenommen! Eine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass der Freistaat Sachsen diesem Instrument als letztes Bundesland zustimmte.

Ein unendlicher und vor allem schwieriger Weg, den wir bisher gemeinsam gegangen sind. Doch wir sind noch lange nicht am Ziel.

Das „Gesetz zur Neustrukturierung des Polizeirechts des Freistaates Sachsen“ wurde am 10. April 2019 während der 90. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages nach einer fünfständigen Debatte beschlossen. Es umfasst ein Sächsisches Polizeivollzugsdienst- und ein Sächsisches Polizeibehördengesetz und wird am 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Eine Novellierung war längst überfällig, um auch mit dem technischen Fortschritt aber vor allem mit der veränderten Gefahrenlage mithalten zu können.

So enthält das neue Polizeivollzugsdienstgesetz teilweise modernisierte



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:

Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei

Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:

Matthias Büschel (v.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



LEITARTIKEL

oder gar neue Eingriffsrechte bei der Gefahrenabwehr, wie z. B. Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung, das Erfragen von Verkehrs- und Nutzungsdaten bei den Telekommunikationsanbietern und bei Online-Plattformen oder das Abhören von Gesprächen. Des Weiteren beinhaltet das Gesetz konkretisierte Observations- und neue Durchsuchungsmöglichkeiten sowie strafbewährte Aufenthaltsanordnungen und Kontaktverbote. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung von Gefährdern (Fußfessel) ist genauso möglich wie die Videotechnologie auf Verkehrsrouten, die der grenzüberschreitenden Kriminalität zur Verschiebung von Diebesgut oder als Tatorte dienen.

Doch wo viel Licht ist, ist viel Schatten. Leider hat es der Freistaat Sachsen versäumt und damit eine große Chance verspielt, die sächsische Polizei noch moderner und noch zeitgemäßer aufzustellen. Wichtige Befug-

nisse wie die Quellen-TKÜ, also das Auslesen von verschlüsselten Nachrichten z. B. aus Messenger-Diensten, sowie die Onlinedurchsuchung sucht man vergebens.

Doch wie war es mit der Geduld? Geduldig schauen wir uns schon die nächsten Verlautbarungen der Politik an und werden es nicht versäumen, immer wieder nachzuhaken. Und den ersten Ansatz zum Nachhaken haben wir auch schon ausgemacht: den Entwurf des Regierungsprogramms 2024 der Sächsischen Union. Dort heißt es, dass den sächsischen Polizistinnen und Polizisten der Rücken gestärkt werden soll und ganz konkret sogar: „Wir entwickeln das sächsische Polizeigesetz weiter und führen effiziente Instrumente ein, wie zum Beispiel die Quellen-TKÜ und die Onlinedurchsuchung.“ Irgendwie schon mal gehört.

Die GdP Sachsen ist gern behilflich und würde es begrüßen, wenn die

nächste Novellierung nicht wieder so lange auf sich warten lässt.

Nunmehr ist es jedoch wichtig, dass Errungene umzusetzen.

Dazu gehört eine zeitnahe und vor allem professionelle Aus- und Fortbildung der sächsischen Polizei. Die ersten Maßnahmen sind eingeleitet worden und weisen darauf hin, dass diese Notwendigkeit erkannt worden ist. Es muss uns bewusst sein, dass der Polizei nicht jeder wohlwollend gegenübertritt und Nachlässigkeiten und Unsicherheiten schamlos ausgenutzt werden. Nicht nur das neue Polizeirecht wird in den nächsten Monaten in Frage gestellt werden, sondern auch das Tätigwerden unserer Kolleginnen und Kollegen auf dessen Basis ab dem 1. Januar 2020. Und dazu bedarf es jeglicher Unterstützung - auch seitens der Gewerkschaft der Polizei Sachsen.

**Euer
Hagen Husgen**

SENIORENGRUPPE BEZIRKSGRUPPE DRESDEN**Besuch der Firma Multikon-Tools**

Am 20. März 2019 besuchten 26 Seniorinnen und Senioren die Firma Multikon in Großenhain. Diese Firma produziert und entwickelt einen Multifunktionsrasenmäher.

Zunächst wurden wir durch den



Erfinder des Multikon und Geschäftsführer Herrn Freudemann begrüßt. Herr Freudemann erläuterte uns die Geschichte von der Idee zum Unternehmen. Mittlerweile hat das Unternehmen zahlreiche

Auszeichnungen erhalten.

Anschließend führte uns der technische Leiter Herr Körbach durch die Produktion und erläuterte uns die Fähigkeiten des Multifunktionsrasenmähers. Dieser Rasenmäher kann neben den für Rasenmäher typischen Aufgaben auch Strom erzeugen, Gras schneiden, Schnee räumen, Straßen und Wege kehren. Bald soll auch ein Häckseltool hinzukommen. Also mit meinen Worten „eine Eier legende Wollmilchsau für Haus, Hof und Garten“.

Einige der Teilnehmer überlegen nun schon, wie sie ein so großartiges Gerät verwenden können, auch



Fotos: Steffen Theurich

wenn sie nicht über Haus, Hof oder Garten verfügen.

Die Seniorinnen und Senioren der Bezirksgruppe Nord bedanken sich bei Herrn Freudemann, der uns den Besuch seines Unternehmens ermöglichte.

Steffen Theurich



Interview mit „Die LINKE.“

Peer Oehler: Vielen Dank für die Gelegenheit zu diesem Interview. Es gibt das geflügelte Wort vom Polizisten als „Freund und Helfer“. Empfinden Sie die sächsische Polizei als Ihre Freunde?

Rico Gebhardt: Ich persönlich auf jeden Fall. Ich habe in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit der Polizeigewerkschaft, mit einzelnen Polizisten und auch mit dem einen oder anderen Polizeipräsidenten gemacht.

Peer Oehler: Ich darf dem Spitzenkandidaten der Linken diese Frage nochmal stellen: empfindet die Linke die sächsischen Polizisten als ihre Freunde?

Rico Gebhardt: „Die Linke“ ist in Sachsen eine Gruppe von 8000 Mitgliedern. Ich würde jetzt nicht für jeden einzelnen die Hand ins Feuer legen, dass sie sagen: Mein Freund und Helfer ist die Polizei. Ich glaube, da gibt es dann auch Vorbehalte, vielleicht auch persönliche Erlebnisse, die man bei Demonstrationen oder beim Fußball gehabt hat. Aber insgesamt würde ich schon sagen, hat auch die Linke in Sachsen da eine Entwicklung durchgemacht. Es war zum Beispiel 2014 für die Linke nicht so einfach zu fordern, dass wir mehr Polizisten ausbilden wollen. Da ist jetzt längst Selbstverständlichkeit.

Peer Oehler: Ich ahnte, dass es Polizeiskeptiker in Ihren Reihen gibt. Das wird manchmal auch bei Kleinen Anfragen oder bei öffentlichen Stellungnahmen deutlich. Mich interessiert aber das quantitative Verhältnis der Skeptiker zu den Freunden. Sind die Freunde der Polizei in der Linken die Ausnahme oder die Skeptiker?

Rico Gebhardt: Also Kleine Anfragen haben nichts damit zu tun, dass man skeptisch ist. Kleine Anfragen sind für uns als Opposition ein Mittel der Informationsbeschaffung. Und leider sind einzelne Minister nicht so auskunftswillig. Also greift man zu dem Mittel der Kleinen Anfrage. Ich weiß, dass es ganz viele nervt, aber ich weiß auch, dass manchmal gesagt wird: Da haben sie ja die richtigen Fragen gestellt. Jetzt zur Frage, was das Verhältnis von Freunden und Skeptikern betrifft. Das ist eine schwierige Frage. In der Fraktion gibt es 27 Kollegen und Kolleginnen. Ich glaube, da hält sich das die Waage. Innerhalb der Partei schaue ich mir den Al-

tersdurchschnitt an. Da weiß ich, dass natürlich meine älteren Mitglieder eher auf der Seite der Polizisten sind.

Peer Oehler: Aber die Linke hat sich dem Bündnis „Polizeigesetz stoppen“ klar angeschlossen. Nichts gegen verfassungsrechtliche Diskussionen einzelner Normen. Die Initiative gefällt sich aber darin, Polizeimonster auftreten zu lassen und Polizisten außerhalb des Rechtsstaats zu vermuten. Das ist schon starker Tobak. Und die Linke ist mit dabei.

Rico Gebhardt: Wir sind Mitglied in diesem Bündnis, das ist richtig. Dazu kommt aber, dass zu einer politischen Auseinandersetzung natürlich auch die Zuspitzung gehört. Und da war das mit dem Polizeimonster hier vorm sächsischen Landtag eher eine künstlerische Aktion. Die Aufmerksamkeitsschwelle ist unwahrscheinlich hoch. Das heißt, du musst, um überhaupt wahrgenommen zu werden, auch mal zu Mitteln greifen, die polarisieren. Mein Bestreben ist immer, dass es nie persönlich verletzend ist. Es ging um DIE Polizei.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Peer Oehler: Das macht's nicht viel besser.

Rico Gebhardt: Naja, das ist ja so: „DIE Polizei“, „DIE Linke“ ...

Peer Oehler: Wir haben Sie noch nie als Monster skizziert ...

Rico Gebhardt: Ich würde das nicht ganz so ernst nehmen. Wir sind als Linke nicht nur eine Parlamentspartei, sondern wir wollen auch auf der Straße mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen präsent sein, die einen kritischen Geist haben und sogar gegen den öffentlichen Mainstream sind. Die Mehrheitsmeinung ist, was das Polizeigesetz betrifft, wohl eher auf Seite der Regierung. Ich glaube nur nicht, dass das Polizeigesetz die Probleme löst, die man damit vorgibt, lösen zu wollen. Die Probleme löst man nur mit mehr Polizisten. Da muss man den Einstellungskorridor erweitern. Man sollte auch die Ausbildung umstrukturieren, damit Polizisten nicht einfach nur auf der Straße sind, sondern letztendlich auch Kriminalität aufklären

können. Da sind wir schon bei unseren Plänen, dass Kripo-Beamte auch eine eigenständige Ausbildung kriegen.

Peer Oehler: Ich versteh den „entweder-oder“-Ansatz in der Diskussion nicht. Ich möchte sowohl bessere rechtliche Möglichkeiten als auch mehr Personal. Oder muss ich mich entscheiden?

Rico Gebhardt: Mir hat noch niemand erklären können, was braucht ihr denn von rechtlichen Möglichkeiten tatsächlich, um Kriminalität zu bekämpfen oder aufzuklären. Man sagt immer nur: Wir wollen uns auf die Zukunft vorbereiten. Wir wollen den Terrorismus besser bekämpfen können. Der geplante Anschlag durch Al Bakr ist doch nicht durch bestehendes Recht verhindert worden. Man hatte die Information durch den Bundesnachrichtendienst beschafft. Der hat den Verfassungsschutz informiert. Der hat dann die Polizeibehörden informiert. Nur die Ergreifung scheiterte an einer technischen Problematik, weil auf verschiedenen Kanälen miteinander kommuniziert worden ist. Dadurch ist er den Kolleginnen und Kollegen der Polizei durch die Lappen gegangen. Man hat nichts Rechtliches gebraucht, um des Typen habhaft zu werden.

Peer Oehler: Aber zum Verhindern von fortgesetzter häuslicher Gewalt könnte die elektronische Fußfessel sinnvoll sein? So kann ich eine unentdeckte Rückkehr nach Wohnungsverweisung verhindern. Es geht uns um Kriminalitätsverhinderung. Und ganz allgemein ist polizeiliche Arbeit auf Information angewiesen. Deshalb ist es doch vollkommen normal, dass Polizisten versuchen, so viele Informationen wie möglich zu generieren.

Rico Gebhardt: Wie wollen Sie denn voraussagen, ob einer möglicherweise mal ein Straftäter werden könnte, so wie das jetzt in dem Gesetz verabschiedet worden ist, wo eine vorausschauende Prognose für bestimmte Personen abgegeben werden kann?

Peer Oehler: Wir haben im Fußballbereich genügend Leute, die bei uns schon Treuepunkt gesammelt haben.

Rico Gebhardt: Die kennen Sie?

Peer Oehler: Genau.

Rico Gebhardt: Warum wollen Sie jetzt noch mehr Ermittlungen durchführen? Sie kennen ja Ihre Pappnasen.

Peer Oehler: Es geht um die Befugnis, Aufenthalte zu untersagen.



LANDTAGSWAHL 2019

Rico Gebhardt: *Da gibt man denen Stadionverbot, das ist ja jetzt schon möglich.*

Peer Oehler: Die Auseinandersetzungen finden ja nicht nur im Stadion statt.

Rico Gebhardt: *Was wollen Sie denn außerhalb damit erreichen?*

Peer Oehler: Ich minimiere Risiken.

Rico Gebhardt: *Nein, Sie stellen jeden erstmal unter Generalverdacht.*

Peer Oehler: Nicht jeden! Ich glaube, wenn Sie ins Stadion wollen, hat Sie keiner auf der Platte.

Rico Gebhardt: *Ja, wahrscheinlich, weil ich die richtigen Haare hab oder die richtigen Klamotten. Meine Kollegin Luise Neuhaus, die wahrscheinlich nicht so ganz aussieht wie jeder ganz normale Biodeutsche, hat mehrfach davon erzählt, dass sie auf der Eisenbahnstraße angehalten worden ist, weil sie eben einen südländischen Teint hat und da sag ich einfach mal: Genau das erreiche ich damit, dass ich bestimmte Personengruppen kategorisiere. Sie sind als Polizeibeamter logischerweise auch nicht frei von dem, was man in der gesellschaftlichen Debatten hört und schon sind südländisch Aussehende de facto als potentielle Straftäterin verifiziert.*

Peer Oehler: Das ist ein sehr eloquent ausgedrückter potentieller Rassismusvorwurf für die sächsische Polizei.

Rico Gebhardt: *Das hat es im Einzelfall in der Leipziger Eisenbahnstraße gegeben. Ich habe eine Veranstaltung gemacht, bei der Bürgerinnen und Bürger gesagt haben, dass ihnen genau das passiert ist.*

Peer Oehler: Also wenn wir auf der Eisenbahnstraße genügend schwedische Hausfrauen kontrollieren würden, würden wir bei dieser Personengruppe genauso viele Drogendelikte feststellen wie bei denen, die südländisches Äußeres haben?

Rico Gebhardt: *Möglicherweise, nur dass Sie die schwedischen Hausfrauen nicht anhalten, das ist das Problem.*

Peer Oehler: Es ist also Ihre Unterstellung, dass es in der südländisch aussehenden Bevölkerungsgruppe kein signifikant höheres Problem beispielsweise mit Drogenkriminalität gibt.

Rico Gebhardt: *Das ist eine These, die niemand beweisen kann.*

Peer Oehler: Ich habe ja die These nicht aufgestellt. Ich habe gefragt, ob Sie die These aufstellen, dass in dieser Bevölkerungsgruppe es keine Auffälligkeiten gibt?

Rico Gebhardt: *Es gibt in jeder Bevölkerungsgruppe Auffälligkeiten. Da sind wir uns doch einig. Weil der Biodeut-*

sche genauso gern Drogen konsumiert wie wahrscheinlich die Menschen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, nur dass er sie eben nicht selber vertickt, sondern er kauft sie eben dort.

Peer Oehler: Es gibt den Begriff des Polizisten als Ordnungshüter. Meine These ist: Die Linken haben ein Problem mit dieser staatlichen Ordnung. Ergo haben sie tendenziell auch ein Problem mit denen, die diese Ordnung hüten?

Rico Gebhardt: *Na das ist falsch. Also in unserem Wahlprogramm steht deutlich drin, dass staatliche Gewalt in der Hand des Staates zu liegen hat. Da gibt's kein Gewackel. Ich habe im Übrigen bis zur Mitte dieser Legislaturperiode laut und deutlich gesagt: Mit dem Stellenabbau, den die Staatsregierung bei der Polizei gemacht hat, hat sie die Polizei eigentlich in der Öffentlichkeit denen preisgegeben, die das Gewaltmonopol nicht ernst nehmen. Und das war die sächsische CDU, beim letzten Mal gemeinsam mit der FDP und eigentlich schon 2004 mit der SPD, die ja heute ja so laut tönt: „Wir haben das alles wieder rückgängig gemacht.“ Und da waren es immer die Linken, die gesagt haben, dass man das nicht machen kann. Ich will also nur darauf aufmerksam machen, dass wir die staatliche Ordnung, so wie sie existiert, nicht angreifen. Was ich sage ist: Ich will den Kapitalismus überwinden. Aber es steht ja sogar im Grundgesetz, dass das möglich ist. Das geht bis zur Debatte zum Eigentum, die gerade in der Gesellschaft stattfindet, und der Frage, ob man für Wohnzwecke enteignen darf oder nicht.*

Peer Oehler: Also es gibt Werte der Linken, die nicht Werte dieser staatlichen Ordnung sind, und Werte dieser staatlichen Ordnung, die nicht Werte der Linken sind?

Rico Gebhardt: *Das ist eine schöne Formulierung, die kann man so stehen lassen.*

Peer Oehler: Und ich glaube, dass Polizei mit der politischen Anhängerschaft der Linken logischerweise dann in einen Dissens tritt, wenn die zu hütenden Werte nicht den Werten der Linken entsprechen?

Rico Gebhardt: *Das kann im Einzelfall stimmen. Es gab 2015 in Dresden auf dem Theaterplatz eine Dauerversammlung von Geflüchteten und eines Montags kamen Polizisten, um die Versammlung der Geflüchteten abzusichern, weil die PEGIDA-Demonstration sich in Auflösung befand und deren Teilnehmer in Richtung der Geflüchteten kamen. Und jetzt stellen sich die Polizeibeamten mit dem Ge-*

sicht zu den Geflüchteten auf den Theaterplatz, um sie zu schützen. Meine Anfrage beim Einsatzleiter war: Warum stehen Sie jetzt eigentlich mit dem Gesicht zu uns und nicht mit dem Rücken. Da guckte er mich an und sagt: Ach ja, stimmt! Was Sie wirklich brauchen bei der Polizei, das ist jetzt überhaupt kein individueller Vorwurf, sondern ein Vorwurf an die Polizeiführung, ist eine Sensibilisierung der Polizeibeamten. Ich will gar nicht nur von Weiterbildung reden, sondern von tatsächlichem Austausch über gesellschaftliche Probleme.

Peer Oehler: Es ist aber eine Forderung der Linken, mehr Menschenrechtsschulungen in der sächsischen Polizei durchzuführen.

Rico Gebhardt: *Ob man das Menschenrechtsschulungen nennt oder kulturelle Bildung, ist mir vollkommen egal. Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter kommen während ihrer Ausbildung einmal in den sächsischen Landtag und haben dann die Möglichkeit, mit drei Politikern ins Gespräch zu kommen. Aber wann kommen wir denn sonst mal politisch miteinander ins Gespräch gerade, auch mit geschlossenen Einheiten. Ich glaube, dass es eine Notwendigkeit gibt, tatsächlich mal in den Austausch zu treten. Vielleicht versteht auch mancher Linker dann, warum Polizei wie handelt. Ich war bei vielen Demonstrationen dabei. Ich weiß, dass es nicht immer ganz einfach ist mit den Leuten, denen ich politisch nahestehe.*

Peer Oehler: Das ist aber jetzt ein Euphemismus?

Rico Gebhardt: *Nein, das ist kein Euphemismus.*

Peer Oehler: „Nicht immer ganz einfach“? Also Teile Ihre politischen Gefolgschaft versuchen schon...

Rico Gebhardt: *Grenzen zu überschreiten?*

Peer Oehler: Ja.

Rico Gebhardt: *Natürlich, ich weiß, dass Sitzblockaden verboten sind. Trotzdem hab ich sie schon gemacht und ich weiß, dass ihr sie verhindern müsst, weil es ein Versammlungsrecht durchzusetzen gibt.*

Peer Oehler: Und danach gehen wir alle ein Bier trinken?

Rico Gebhardt: *Das hat nichts mit Biertrinken zu tun. Blockaden gelten in anderen Bundesländern mittlerweile nicht mehr als Straftat. Und es gibt Gerichtsurteile außerhalb des Freistaats Sachsen, wo man sagt: ja, mein Gott, dann sitzen sie halt da...*

Peer Oehler: Also eine Gesellschaft
Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

könnte nach Ihren Vorstellungen offiziell proklamieren, dass alle das Recht haben, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln ...

Rico Gebhardt: ...so steht es im Gesetz.

Peer Oehler: ... und trotzdem kann die Gesellschaft sagen: Pff, nee, setzen wir uns hin, versammelt wird nicht?

Rico Gebhardt: Ich glaub tatsächlich, dass es bei rassistischen Meinungen das Recht auf Widerstand geben darf. Davon bin ich wirklich überzeugt.

Peer Oehler: Geistiger Widerstand!

Rico Gebhardt: Ja, natürlich. Aber auch indem ich sage, wo ich bin, kann kein anderer sein. Das ist kein physischer Widerstand gegen Polizeibeamte, sondern ich will verhindern, dass Neonazis auf den Straßen von Deutschland demonstrieren.

Peer Oehler: Und als Polizeiführer habe ich dann die Möglichkeit zu rechtswidrigem Handeln, weil ich es unterlasse das Versammlungsrecht durchzusetzen und dem gesellschaftlichen Willen folge.

Rico Gebhardt: Ich sehe da Ermessensspielräume. Das ist ja das, wo man miteinander reden muss.

Peer Oehler: Also wären Ihnen rechtswidrig handelnde Polizisten lieber?

Rico Gebhardt: Nein, ich habe nur gesagt, dass es immer eine Möglichkeit gibt, der...

Peer Oehler: ...Verständigung über die Rechtssituation?

Rico Gebhardt: Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist: Ich habe mir auch schon herausgenommen, mich auf die Straße zu setzen und hatte dann auch anschließend ein Strafverfahrens. Das muss man dann akzeptieren.

Peer Oehler: Für den Spitzenkandidaten der Linken ist im gesellschaftlichen Zusammenleben Recht das eine und was ich mache das andere?

Rico Gebhardt: Nein, ich respektiere das staatliche Gewaltmonopol.

Peer Oehler: Aber das ist doch nichts anderes als ein Aufruf an die politische Gefolgschaft, diese Sichtweise zu abstrahieren und Häuser zu besetzen und politische Losungen an Fassaden zu sprühen. Wo ist die Grenze der von Ihnen proklamierten tolerierbaren Rechtswidrigkeit?

Rico Gebhardt: Ich hab ja gesagt, dass ich eine gewisse Sympathie dafür hege, wenn es gegen Demokratiefeinde geht. Ich habe auch gewisses Verständnis dafür, wenn Menschen ein seit vielen

Jahren ungenutztes Haus für sich nutzen, um das als Wohnort für sich zu verwenden oder als kulturellen Ort. Und ich habe kein Verständnis dafür, wenn die Polizei dann plötzlich, wie gerade ja in Leipzig passiert, in die Situation gebracht wird, etwas räumen zu müssen, was seit Ewigkeiten leer stand. Es ist in diesem Fall vollkommen absurd, dass Leute über drei Jahre ein leerstehendes Objekt eigentlich nutzen und nicht dem Verfall preisgegeben, bis der Eigentümer der Meinung ist, er will jetzt sein Recht durchsetzen, obwohl er es seit Jahren nicht in Anspruch genommen hat. Am Ende steht die Polizei vor der Schwierigkeit, sich mit den „Hausbesetzern“ auseinandersetzen müssen. Kann man da nicht miteinander einen anderen Konsens in der Gesellschaft erreichen?



Rico Gebhardt

Peer Oehler: Und so trudeln wir in der Rechtfertigung von rechtswidrigem Handeln langsam von einer Rassismusedebatte über Gentrifizierung hin zur neuen Konsumfiliale in Leipzig Plagwitz, der die Scheiben eingeworfen werden, weil Gentrifizierung an sich schon doof ist. Sind Sie nicht mit dem Gedanken, dass geschriebenes Recht das eine ist und politisches Handeln das andere, Wegbereiter für diejenigen, die es dann „übertreiben“?

Rico Gebhardt: Ich habe immer gesagt, dass ich mich von jedweder Gewalt gegen Sachen und Personen distanzieren. Das was in dieser Konsumfiliale vor der Eröffnung passiert ist, ist Gewalt gegen eine Sache, weil Scheiben eingeschmissen worden sind. Dafür habe ich kein Verständnis, denn so will ich keine politische Auseinandersetzung führen. In der politischen Auseinandersetzung kann ich Straßen besetzen und mich dann anschließend wegtragen lassen. Aber ich habe auch

nie dazu aufgerufen Gewalt gegen Polizeibeamte anzuwenden. Daran kann ich nichts Gutes finden.

Peer Oehler: Wie würde ein linker Innenminister mit diesem Problem umgehen?

Rico Gebhardt: Eine schwer zu beantwortende Frage! Wir sind noch nie auf die Idee gekommen, ernsthaft da drüber nachzudenken, das Innenministerium zu besetzen.

Peer Oehler: Nicht „besetzen“. Ich meine, legal dahin kommen.

Rico Gebhardt: Sie bringen mich gerade auf Ideen ... Im Ernst: das entscheidende ist Kommunikation. Natürlich weiß ich, dass Polizei nicht in erster Linie für die Kommunikation zuständig ist, sondern die politisch Verantwortlichen wie Minister, der Staatssekretär oder vielleicht noch der Polizeipräsident. Es geht darum, verschiedene Leute an einen Tisch zu bitten und eine Lösung zu finden. Es geht ja immer um Kompromisse in der Gesellschaft. Und ansonsten stellt sich ein Innenminister gefälligst vor seine Polizeibeamten. Ich habe aber ein Problem, wenn das selbst noch an Stellen passiert, wo der einzelne Polizist falsch gehandelt hat. Natürlich steht die Polizei auf andere Art im Fokus als vor 20 Jahren. Heute kann man fast in Echtzeit über social media nachvollziehen, wie ein Polizeieinsatz abläuft. Das ist für die einzelnen Polizisten natürlich echt eine Herausforderung.

Peer Oehler: Ich habe kein Problem damit, dass Menschen bewertend bei meiner Arbeit zuschauen. Mein Problem ist die gefühlte, gewollte Skandalisierung polizeilichen Handelns, um über den Weg der Polizei der Staatsregierung eins mitzugeben.

Rico Gebhardt: Das ist, glaube ich, eine falsche Einschätzung. Fakt ist aber natürlich auch, dass Einsätze von Polizei im Zusammenhang mit politischen Ereignissen immer auch im öffentlichen Fokus sind und dass sich daraus wieder neues politisches Handeln ergibt. Ich nehme das Beispiel des Einsatzes in Clausnitz. Natürlich weiß ich, dass der einzelne Polizeibeamte in dem Bus richtig gehandelt hat. Er hat den Flüchtling ja nicht in den Schwitzkasten genommen, sondern er hat ihn in dieser körperlichen Haltung eigentlich nur geschützt. Und trotzdem war dieser Einsatz eine Katastrophe. Die einzelnen Polizeibeamten standen ja tatsächlich einem Mob gegenüber. Und natürlich mussten die Menschen aus dem Bus raus, sonst wäre der vielleicht umgefallen. Politik hat ver-



LANDTAGSWAHL 2019

sagt, indem der damalige Polizeipräsident allein vor die Medien musste. Und was macht er? Er erklärt den Polizeieinsatz aus Polizeisicht. Er hat alles richtig erzählt. Aber es stand kein Politiker daneben, der gesagt hat: Das hätte so nicht laufen dürfen, da hätten wir uns anders vorbereiten müssen und wir werden daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen. Aber da sind wir bei Ihrer Frage: Der Polizeieinsatz war die Ausgangslage, dass wir natürlich in der Politik über den Polizeieinsatz geredet haben.

Peer Oehler: Bei allem Dissens war die Linke immer an unserer Seite, wenn es darum ging zu sagen: der Stellenabbau ist fachlich durch nichts zu rechtfertigen.

Rico Gebhardt: ... und auch die Sonderzahlung, die allen Beamten im Freistaat Sachsen gestrichen worden ist. Da waren wir auch diejenigen, die immer angeprangert haben, dass das nicht geht.

Peer Oehler: Was ist der strukturelle Fehler von Politik, dass solche krassen fachlichen Fehlentscheidungen getroffen werden können und innerhalb einer Spanne von 10, 15 Jahren vollkommen ins Gegenteil verkehrt werden?

Rico Gebhardt: Das müssten diejenigen beantworten, die diese Entscheidung zu verantworten hatten. Im Nachhinein kann ich nur feststellen, dass man einem Irrglauben aufgesessen ist, wie auch bei den Lehrerinnen und Lehrern. Man hat nur noch an der schwarzen Null festgehalten. Als zweites hat man tatsächlich Statistikern geglaubt, die eine Berechnung vorgelegt haben, in der der Freistaat Sachsen 2020 unter 4 Millionen Einwohnern liegen sollte. Vollkommen ausgeblendet hat man, dass wir eine vollkommen andere Sicherheitslage haben, weil wir im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz eine viel längere innere europäische Außengrenze haben, wo das soziale Gefälle viel größer ist als in Rheinland-Pfalz. Jetzt sag ich mal nur die Stichworte Autodiebstahl und Crystalvertriebswege. Und dann ist auch noch die Bundespolizei reduziert worden. Jetzt erzählen wir ja permanent, wir wollen 1000 neue Stellen schaffen. Ich weiß, dass es einsatztaktisch nicht immer Sinn macht, wenn unbedingt wieder in allen Orten ein Revier wäre. Aber die gefühlte Sicherheit der Leute wird dadurch vielleicht wieder herstellbar sein, indem es wieder mehr 24 Stunden Reviere vor Ort gibt. Oder wir machen was ganz neues und führen etwas ein, was wir zu DDR-Zeiten hatten: wir schaffen mehr Bürgerpo-

lizisten! Damals gab es ja den ABV. Der hatte zwei Funktionen. Er war Ordnungsmacht und hatte auch eine Art Sozialarbeiterfunktion.

Peer Oehler: Und der ABV wusste, wo er das geklaute Moped auf dem Dorf findet.

Rico Gebhardt: Genauso. Und das hat dazu beigetragen, dass man Vertrauen hatte. Ob das heute wiederherzustellen ist, das weiß ich nicht. Aber ich hab schon manchmal das Gefühl, gerade bei den Älteren, dass ihnen das schon recht wäre, wenn da jemand im Dorf spazieren ginge. Der Görlitzer Polizeipräsident hat mir mal bei einem Vorortbesuch erzählt: wenn bei mir in meiner ländlichen Region ein Auto geklaut wird, da redet das ganze Dorf und auch noch das Nachbardorf drüber. Wenn in der Neustadt in Dresden ein Auto geklaut wird, da ist ein Parkplatz frei geworden. Das Ereignis ist dasselbe. Aber für die Wahrnehmung ist das eine Katastrophe und das andere nicht. Es ist unsere Verantwortung als Politiker, das zu erkennen.

Peer Oehler: Eine Verantwortung liegt in dem Begriff der Personalbedarfsberechnung. Die findet aber auch in dieser zweiten Runde der Fachkommission definitiv nicht statt, weil der Innenminister versucht, das zu verhindern. Was können wir gemeinsam tun, um doch eine Berechenbarkeit für Bevölkerung und Dienststellenleiter zu bekommen und um nicht nur mit jeweils politisch opportunen Überschlagen leben zu müssen?

Rico Gebhardt: Das Entscheidende ist immer Öffentlichkeit herzustellen und immer wieder auf ein Problem aufmerksam zu machen. Und wenn wir uns nicht trauen, einen Demographiefaktor auch bei der Berechnung in der Polizei mit einzuberechnen, wenn wir uns nicht trauen zu sagen: Ja wir haben Vertriebswege, die jetzt nicht nur für Sachsen entscheidend sind, dann wird es schwierig. Und darüber kann man nur öffentlich gemeinsam reden. Deswegen ärgere ich mich, wenn man den Eindruck vermittelt, dass wir das mit dem Polizeigesetz schaffen. Selbst wenn ich die Möglichkeiten alle gut fände, braucht man Personal, um in Echtzeit zu reagieren. Ich sähe im Stadtpark lieber Streifendienst oder man beleuchtet den Park ordentlich, damit man den Rückzugsraum nicht hat. Man kann so manche dunkle Gasse erleuchten.

Peer Oehler: Erleuchten Sie mich über das, was Sie nach dem Wahltag in Sachsen vermuten.

Rico Gebhardt: Ich kann nicht in die Glaskugel schauen und die Zahlen voraussagen. Es wird Wahlkampf geben in Sachsen. Es ist aber kein Fortschritt, wenn der Kampf jetzt weniger unmittelbar mit uns geführt wird, sondern mehr mit der Konkurrenz von Rechtsaußen, weil da plötzlich eine Partei unnötig großgemacht wird, die ich ab einer gewissen Größe für gefährlich halte.

Peer Oehler: Bei der Bundestagswahl 2017 war sie die stärkste Partei in Sachsen.

Rico Gebhardt: Das ist ja die Schwierigkeit, vor der die CDU als Herausforderer steht.

Peer Oehler: Oder wir als Gesellschaft.

Rico Gebhardt: Natürlich, die Gesellschaft, wir als Partei und auch als Fraktion. Wir wollen diesen zweiten Platz den wir ja seit 1999 haben, behalten und verteidigen. Wir werden uns da auch unterscheiden. Diese Unterscheidung ist auch das, was unsere Demokratie letztlich ausmacht. Die Wählerinnen und Wähler wollen ja was zu entscheiden haben.

Peer Oehler: Ich kann mich erinnern, dass es Bundesländer gab, in denen die Regierung durch eine Fraktion gestellt wurde. Es gab Zeiten, da musste man sich damit abfinden, dass dazu zwei Parteien notwendig waren. Gegengewärtig ist es in Sachsen nicht mal möglich, mit drei Parteien was Vernünftiges zu machen. Fällt unsere Gesellschaft auseinander oder wird sie lernen, sich zu verständigen?

Rico Gebhardt: Selbst wenn es zu einer Regierung kommen sollte, die von drei oder sogar vier Fraktionen getragen wird, würde das den Beweis erbringen, dass genau dieser Zusammenhalt gelebt werden muss und dass man trotz der unterschiedlichen Positionen, die man hat, zusammenfinden muss. Ich würde das gar nicht so als das große Problem hinstellen. Es wäre sogar eine Chance, dass sich mehrere miteinander an einen Tisch setzen, um miteinander zu reden und auch in der Öffentlichkeit darzustellen: „Das ist jetzt ein Kompromiss, den wir gefunden haben.“ Ich will mal meinen Ministerpräsidenten aus Thüringen zitieren, der immer gesagt hat, er will mit seinen Koalitionspartnern auf Augenhöhe reden, unabhängig davon, wie groß die sind. Wenn man das als Regierung unabhängig von Farbkonstellationen kann, wird es auch zum sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft beitragen.

Peer Oehler: Vielen Dank, dass Sie mit uns geredet haben.

Rico Gebhardt: Bitteschön.



Absolventen meistern harte Wochen

Am 1. März 2019 erfolgte durch das Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen die Versetzung von Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1.2 in die Polizeidirektionen Zwickau und Chemnitz. In die Einsatzeinheiten der Fachdienste Einsatzzüge wurden überwiegend Kolleginnen und Kollegen direkt nach Abschluss ihrer Ausbildung von den Polizeifachschulen versetzt. Neben den Anforderungen der Ausbildung zur Verwendung in den Einsatzeinheiten gem. PDV 201 und deren Führungs- und Einsatzmittel gem. PDV 202 sind die Einsatzeinheiten nach der Konzeption Polizeitraining, Handbuch Lebensbedrohliche Einsatzlagen (lebEL), in einem Basismodul auszubilden.

Um die neuen Kollegen auf einen annähernd gleichen Ausbildungsstand zu bringen, wie er in der BFE in Chemnitz und den jeweiligen Einsatzzügen der Polizeidirektionen Chemnitz und Zwickau bereits besteht, ist eine kompakte Ausbildung unabdingbar. Dies sichert im Anschluss die Arbeitsqualität und einen schnellen, vollumfänglichen Einsatz der neuen Kollegen im FD EZ. Der personelle und planerische Aufwand einer solchen Ausbildung ist hoch. Durch Kooperation der FD EZ der Inspektionen Zentrale Dienste Chemnitz und Zwickau können jedoch Synergien genutzt und die Ausbildung effektiver und effizienter durchgeführt werden.

Bereits 2018 fand aus den genannten Gründen eine erste gemeinsame dreiwöchige Spezialgrundausbildung (SGD) statt. Aufgrund der durchweg positiven Erfahrungen sollte die Ausbildung in diesem Jahr im Zeitraum vom 7. bis 27. März 2019, im annähernd gleichen Umfang wiederholt werden.

Am 7. März 2018 erfolgte die Begrüßung der Teilnehmer im Gelände der Berufsfeuerwehr Zwickau. Im Stationsbetrieb wurden die Teilnehmer in die Führungs- und Einsatzmittel (FEM) der Einsatzeinheiten eingewiesen und in



der Folge die Teamfähigkeit sowie die physische und psychische Belastbarkeit mit Körperschutz und teilweise Atemschutz trainiert. In den kommenden drei Wochen wurden die Teilnehmer immer wieder vor Herausforderungen gestellt und zu den folgenden Themen ausgebildet:

1. Ausbildungswoche

Grundlagen Team- und Einsatztraining, Grundformationen und Taktik gem. PDV 201 und an FEM gem. PDV 202,

2. Ausbildungswoche

Taktische Maßnahmen in Versammlungs- und Fußball-Lagen mit Szenarien und Handlungsstörungen

3. Ausbildungswoche

Basisausbildung lebEL für Einsatzeinheiten gem. Konzeption Polizeitraining, Handbuch lebEL

Da sich der Dienst der Einsatzeinheiten immer an der polizeilichen Lage ausrichtet, musste die geplante Ausbildung sogar an zwei Tagen unterbrochen werden, weil die Einsatzeinheiten in realen Einsatzlagen in voller Stärke gefordert waren.

Die Umsetzung der erlernten Inhalte wurde durch alle Teilnehmer in einer Abschlussübung am 27. März 2019 geprobt. An dieser komplexen Übung nahmen außerdem im abschließenden Versammlungsszenario des Übungstages die Aufrufeinheiten der PD Zwickau teil. Der Einladung zur Übungshospitation im Rahmen des Projektes Interreg VA war eine kleine tschechische Delegation der Bezirkspolizeidirektionen Ústí nad Labem und Karlovy Vary mit jeweils zwei Kollegen gefolgt.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass sich die Kooperation der beiden Fachdienste aus Chemnitz und Zwickau zur Ausbildung der neuen Kollegen bewährt hat. Das Ziel der Ausbildung wurde erreicht. Auch wenn die Ausbildung bereits zum zweiten Mal durchgeführt wurde, gibt es noch einige wenige Schrauben, die nachjustiert werden müssen, wenn die Zusammenarbeit in den Folgejahren hoffentlich ihre Fortsetzung findet. **Kristin Müller**

Fotos: IZD Zwickau



BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ

„Europa, jetzt aber richtig!“

„Europa, jetzt aber richtig!“ war nicht nur das Motto der diesjährigen Maiveranstaltungen des DGB, sondern auch eines der Themen, das die Menschen beim traditionellen Familienfest des DGB auf dem Markt in Annaberg-Buchholz bewegte. In vielen Gesprächen am Stand der Gewerkschaft der Polizei und am Gemeinschaftsstand der anderen DGB-Gewerkschaften war die Zukunft Europas, besonders aber die Zukunft der Menschen in Europa, Thema.

Wie in den vergangenen Jahren auch war die GdP als einzige Ein-

zelgewerkschaft mit einem eigenen Stand präsent. Besonderer Dank gilt hier Martin Seufzer von der Junge Gruppe, ohne dessen tatkräftige Unterstützung wir in diesem Jahr diese Tradition nicht hätten schultern können. Viele gute Gespräche mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Kolleginnen und Kollegen konnten wir führen, bekamen Dank und Anerkennung für unsere Arbeit.

Aufmerksam verfolgten Besucherinnen und Besucher der Mairede von Anne Neuendorf, die europäische, vor allem aber soziale und ge-

werkschaftspolitische Themen ansprach. Wegen der bevorstehenden Wahlen waren in diesem Jahr die Parteien und Wählervereinigungen eingeladen, sich neben dem Markt parallel zur DGB-Veranstaltung zu präsentieren. Etablierte Parteien und Wählervereinigungen boten Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit, sich über Programme politische Ziele und Kandidaten zu informieren. Dass ausgerechnet die CDU diese Möglichkeit nicht in Anspruch nahm, wurde durch viele Besucher bedauert.

Udo Krahl

BEZIRKSGRUPPE ZWICKAU



Liebe Kollegin/lieber Kollege,
wir laden dich recht herzlich zu
unserem Hoffest am
13. Juni 2019 ein.

Wir freuen uns darauf, alte
Bekanntschaften aufzufrischen
und interessante Gespräche
zu führen.

Fürs leibliche Wohl ist wie immer
bestens gesorgt. Für Rückfragen
und die Teilnahmebestätigung
stehen wir dir gern zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Bernd Rudolph
0375/428-4810
bernd.rudolph@polizei.sachsen.de



Viel Lärm um nichts

Bedauerlicherweise zeichnet sich heutzutage das fieberhafte Aufbauen eines grundsätzlich unbedeutenden und/oder einfach zu erfassenden Sachverhaltes - ohne Anstrengung des Verstandes - als probates politisches Mittel ab. Von dieser fragwürdigen Entwicklung handelt der folgende Text.

Nicht jeder laute Vogel zwitschert schön

Dass polizeiliche Einsatzmaßnahmen stets im Fokus der Öffentlichkeit stehen, ist hinlänglich bekannt. Welche Stilblüten das aber treiben kann, zeigt der folgende Sachverhalt, dessen Eigenart man mit Dalton Trumbo wie folgt einleiten könnte: „Manchmal denke ich, was die Phantasie nicht herbeizaubern kann, bringt die Realität mit einem Achselzucken“¹.

So titelt die Freie Presse in zwei Artikeln: „Irritationen: Trägt Polizist Flyer von Nazi-Partei?“² und „Nazi-Flyer: Polizei spricht von Versehen“³.

Grundlage der Berichte war ein polizeilicher Einsatz im Rahmen einer Versammlungslage am 09. März 2019 in der Plauener Innenstadt. Die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“ demonstrierte mit circa 100 Personen. Der Runde Tisch für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage trat dieser Versammlung mit circa 50 Personen entgegen. Kräfte der Bereitschaftspolizei sicherten diese beiden stationären Demonstrationen ab. Der Einsatz verlief ohne Vorkommnisse und die beiden Versammlungen wurden nahezu zeitgleich nach circa 90 Minuten am Ort beendet.⁴

Soweit so gut. Später twitterte der stellvertretende Versammlungsleiter ein Bild unter der Überschrift: „Auch die @PolizeiSachsen zeigt heute in #Plauen Flagge“. Diesem Tweet wurde ein Bild⁵ angefügt, dass die Beintasche eines Bereitschaftspolizisten zeigte. Aus dieser zeigte einer der Flyer der Partei „Der III. Weg“ heraus, die am Einsatztag verteilt wurden. Entsprechende Antworten ließen nicht lange auf sich warten, so stehen 21 Beiträgen⁶ wie „Die @PolizeiSachsen macht den perfekten #AfD-Move: Immer leugnen und beschwichtigen. Einsicht? NIEMALS!!“, „Ich kenne die Gegend. Die Polizei Sachsen @PolizeiSachsen ist so.“,

„Hoppla. Es ist nicht so wie es aussieht. Wie sieht es denn aus? Na das die sächsische Polizei eine gewisse Sympathie mit solchen Gruppen hat. Denn so ist nämlich nicht! Wiedermal.“, „Naja, ist halt ein typischer (ost)deutscher Polizist. #NSUstaat“, „Passt doch wunderbar. Genauo sind sie die Kollegen. Südstaatenmentalität aus den 60er Jahren.“ und „#Nazifreistaat“ sechs neutrale Posts wie „Es ist mittlerweile unglaublich, was hier aufgrund eines Bildausschnittes alles unterstellt wird. Einfach unfassbar.“ und „Normaler Vorgang zur Sichtung ob strafbarer Inhalt. Und für die Paranoiden hier: atmen, ihr müsst mehr atmen!“ gegenüber.

Die Freie Presse schreibt dazu weiter „(...) ein Polizist (trug) einen Flyer vom Dritten Weg halb in der Hosentasche, sodass er ihn offen zur Schau gestellt habe. Nazis werde so symbolisch der rote Teppich ausgerollt“². Interessant ist der Aspekt, dass dem Qualitätskriterium einer ergebnisoffenen Recherche in alle Richtungen scheinbar genüge getan wurde, indem man an einem Sonntag eine Anfrage an die Polizei stellte und ohne Antwort den Artikel in die Welt setzte. Der zweite Artikel (12. März 2019) wurde mit der Frage, ob es sich wohl um eine „Provokation und Bekenntnis eines uniformierten Polizeibeamten zu einer rechtsradikalen Partei“ handele, eröffnet. Zitiert wird auch hier der stellvertretende Versammlungsleiter, der darin „beileibe nicht den ersten derartige Vorfall in Sachsens Polizei“ sah.

Hysterische Zeiten: Geschrei macht den Wolf größer als er ist.

Um es nochmal festzuhalten: Niemand lebt im luftleeren Raum und gerade polizeiliche Handlungen erregen - begründet im Daseinszweck - die Aufmerksamkeit. Nun gibt es seit längerem eine Tendenz, gewisse Be- und Empfindlichkeiten in der Öffentlichkeit nicht nur anzusprechen, sondern regelrecht ohne jedes Maß aufzublähen. Und „im Kampf um Aufmerksamkeit sind die sozialen Netzwerke der ideale Echo-raum (...)“⁷.

Der Philosoph Robert Pfaller beschreibt in seinem Buch „Erwachsenensprache“⁸ dieses aktuelle Problem ganz gut: „Das scheint mir das Neue und

Auffällige an diesem Phänomen, diesem Symptom der aktuellen Kultur, zu sein: die als evident vorausgesetzte Annahme, dass es Erwachsenen nicht zumutbar sei, sich als Erwachsene zu verhalten; dass die Belastbarkeit, die Erwachsenen eignet, nicht von jedem Erwachsenen mehr verlangt werden dürfe“. Weiterhin sieht er „Erwachsenheit ferner, wie zuvor beschrieben, auch darin (...), Widerstandskraft gegenüber den notwendigen Übeln des Lebens auszubilden...“ und fordert, dass „wir ebenso sehr unsere Empfindlichkeit zügeln müssen, um andere nicht (...) sofort zu brandmarken.“

„Wenn aber immer öfter die Menschen nicht als Erwachsene, sondern als Kinder, die erzogen werden müssen, behandelt werden, so erodiert das höchste Niveau, und immer mehr Menschen fangen an, sich wieder wie Kinder zu verhalten“⁹.

In der Hoffnung, dass diese dunkle Darstellung als bloße Prognose¹⁰ verpufft, sollte man einem erwachsenen Menschen durchaus unterstellen, dass er Situationen vernünftig bewerten kann UND möchte. Ähnlich einer Lagebewertung gesellt sich zu der Frage nach den denkbaren (Erklärungs-)Möglichkeiten auch die Frage nach der entsprechenden Wahrscheinlichkeit. Kurz: Was ist möglich? Und was aber ist dazu auch noch wahrscheinlich?

Die aus einer Momentaufnahme resultierende sagenhafte Unterstellung einer offenkundig rechtsextremen Gesinnung eines Kollegen lässt auf ein Weltbild schließen, bei dem statt charakterliche Eignung wohl eher mangelnde geistige Reife das primäre Einstellungskriterium der 14 000 sächsischen Polizeibeamten zu sein scheint. Dass ein Polizeibeamter, der sich wesentlich und willentlich dazu entschieden hat, für die staatliche Ordnung und Sicherheit einzustehen, nicht mit in „Nie wieder Deutschland“-Parolen einstimmt, erklärt noch lange keine Nähe zum politischen Gegner des anderen Extremis. So stellt das Sichten eines Flyers im Rahmen von Einsatzmaßnahmen einen völlig normalen Vorgang dar. Das man diesen dann - ohne weitere Bedenken - einfach mal nur wegsteckt, dürfte auch nachvollziehbar sein.



Leider gehört auch zur Symptomatik der angesprochenen Verhaltensweisen, dass alles was nicht jedem gleich unverkennbar einleuchtet, vorsätzlich missverstanden und fehlinterpretiert wird. Die beiden dänischen Philosophen Vincent Hendricks und Mads Vestergaard warnen in ihrem Buch „Postfaktisch“¹¹ vor sog. Filterblasen. Diese „politische Blasenbildung (...) lässt sich als kollektiver Realitätsverlust beschreiben, bei dem die (politische) Realität immer mehr aus der (politischen) Gleichung verschwindet“¹². Wenn ich nur sehen und glauben will, was ich scheinbar nur sehe und immer wieder glaube, dann wird meine Sicht der Dinge bestätigt und bestärkt.¹³ Ingo von Münch stellt dazu in seinem Buch „Meinungsfreiheit gegen Political Correctness“¹⁴ fest: „Diese (von einer bestimmten Öffentlichkeit als richtig angesehene Gesinnung) - in die Richtung einer Gesinnungsdiktatur laufenden, jedenfalls problematische - Political Correctness kann sich in der Praxis bemerkbar machen durch Reden oder Schweigen, durch Worte oder Handlungen, durch Beschönigen oder Verdammnen, durch Aufwerten und Abwerten“. Dazu wird treffsicher attestiert: „In einem Umfeld der Aufgeregtheit und Erregung hat Gelassenheit es schwer“. Und diese braucht es für eine möglichst objektive, neutrale und distanzierte eigene Meinung.

Die moderne Menschheit macht so viel Lärm, weil sie die Stimme des Gewissens übertönen möchte

Der deutsche Philosoph Herbert Marcuse bescheinigte zutreffend, dass wir zwar davon ausgehen, dass die Gesellschaft, in der wir leben, auf Vernunft und Gerechtigkeit gegründet ist. Bei näherem Hinsehen aber - wie im genannten Sachverhalt -, stellen wir fest, dass sie weder so noch so ist.¹⁵ Das dem kollektiven Narzissmus durch dieses selbstgerechte Moralisieren¹⁶ auch noch die Polizei - anstatt die eigene Energie in die richtige Zielrichtung zu verwenden - als falscher Ersatzgegner zum Opfer fällt, erklärt wohl so einiges. In solchen „schönen Seelen“¹⁷ sah Hegel „das einzige absolut Böse in der Welt“, da ihre „Verurteilung des Schlechten in der Welt weder zur Ursache noch zum Ziel hat, an diesem Elend etwas ändern zu wollen. Sie dient allein der Aufwertung desjenigen, der sich über die Schlechtigkeit empört.“ So „wähnt sich der Moralist selbst auf der Seite des Guten, weil

er die Welt in Gut und Böse aufteilt. Dass es hierfür jenseits der kommunikativen Selbstverzauberung keinerlei Grundlage gibt, wird von ihm jedoch hartnäckig ignoriert“¹⁸.

Der Dalai Lama fordert richtigerweise in seinem, gemeinsam mit Stéphane Hessel veröffentlichten, Buch „Wir erklären den Frieden!“¹⁹: „Benutzt euren Verstand - jede Situation kann aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden“. Und der Perspektivwechsel gilt gemeinhin als der Grundstein jeglicher Moral. Der Haken an der Sache ist, dass das Loslösen von Vorurteilen mit dem Aushalten von Unsicherheiten verbunden ist. Angebracht verlangt Friedrich Nietzsche: „Nie etwas zurückhalten oder dir verschweigen, was gegen deinen Gedanken gedacht werden kann! Gelobe es dir! Es gehört zur ersten Redlichkeit des Denkens“²⁰.

Gegen einen Ozean pfeift man nicht an

Um zum Ausgangssachverhalt zurückzukommen: die Schnelligkeit der sozialen Medien bringt die Polizei leider immerzu in einen Zugzwang; Reaktionen werden erwartet. Und eine einmalige und eindeutige Stellungnahme wie „Nach Rücksprache mit den Kollegen vor Ort, wurden die Flyer zur Prüfung auf strafrechtliche Inhalte entgegengenommen“²¹ kann durchaus sinnvoll sein, wenn sie nicht in eine Art Rechtfertigungsversuch - und damit leider oftmals fälschlicherweise als Schuldeingeständnis gedeutet - verfällt: „Die Kritik ist durchaus nachvollziehbar und eine Zurschaustellung nicht beabsichtigt. Den eingesetzten Kollegen wurde der Hinweis gespiegelt“²¹. War das Verhalten entschuldigendswürdig? Ist die Aufgabe der eigenen Ansicht auf Grund eines fadenscheinigen äußeren Drucks angemessen?

Authentisch jedenfalls nicht. So beschreibt Martin Heidegger die bequeme Variante eines uneigentlichen Lebens wie folgt: „Wir genießen und vergnügen uns, wie man genießt; wir lesen, sehen und urteilen über Literatur und Kunst, wie man sieht und urteilt; wir ziehen uns aber auch vom »großen Haufen« zurück, wie man sich zurückzieht; wir finden »empörend«, was man empörend findet.“²².

Mit einer guten Portion Gleichgültigkeit darüber, was man denkt, fragt sich Dieter Nuhr nachvollziehbarerweise

„warum es so ernst genommen wird, dass sich jemand aufregt?“²³ Und das sollten wir auch tun.

Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, spielen der Polizei dabei noch zwei psychologische Effekte übel mit:

1. Der sog. „Wiederholungs-Effekt“²⁴. Dieser besagt, dass Wiederholungen mächtiger sind als jede Wahrheit, solange man sie nur beharrlich äußert.

2. „Belief perseverance“²⁵. Diese beschreibt die Neigung auf Überzeugungen zu beharren, auch nachdem diese durch Fakten widerlegt wurden.

Schlussendlich sollten wir es bei diesem ungleichen Kampf gegen Windmühlen doch einmal mit Gelassenheit und Mark Twain versuchen: „Lärm beweist gar nichts. Eine Henne, die ein Ei gelegt hat, gackert, als sei es ein Planet.“

Thomas Ullmann

1 Aus „Trumbo“, einem biografischen Filmdrama von Jay Roach aus dem Jahr 2015.

2 Artikel vom 10.03.2019; <https://www.freipresse.de/vogtland/plauen/irritationen-traegt-polizist-flyer-von-nazi-partei-artikel1046523> (abgerufen am 26.03.19)

3 Artikel vom 12.03.2019; <https://www.freipresse.de/vogtland/plauen/nazi-flyer-polizei-spricht-von-versehen-artikel10466563> (abgerufen am 26.03.19)

4 Hierzu sollte sich ein Mancher folgendes in Erinnerung rufen: „Politik ist nicht die Heimat der Moral, und die Verantwortlichen werden bei ihren Kompromissen mit der Existenz des Bösen leben müssen.“ (Slavoj Žižek in „Es reicht!“ von Serge Latouche, Oekom Verlag 2015)

5 pic.twitter.com/5UOF96QCph

6 Schreibweisen sind übernommen.

7 Bernd Stegemann: „Die Moralfalle“, Matthes & Seitz 2018

8 S. Fischer Verlag 2017

9 Vgl. Fußnote 8

10 Auch wenn der Grundsachverhalt anderes vermuten lässt.

11 Karl Blessing Verlag 2018

12 Dies entspricht dem oben zitierten Echoraum.

13 „Wer fast überall Faschismus sieht, der wird wirklichen Faschismus nicht mehr erkennen.“ (Quelle: vgl. Fußnote 15)

14 Duncker & Humblot 2017

15 „Triebstruktur und Gesellschaft“ (Suhrkamp 1995) und „Der eindimensionale Mensch“ (Suhrkamp 1967)

16 Passend dazu Slavoj Žižek: „Die größten Heuchler (...) inszenieren sich als schöne Seelen, die über der korruptierten Welt stehen, aber letztlich wissen sie ganz genau, dass sie selbst Teil davon sind“ („Der neue Klassenkampf: Die wahren Gründe für Flucht und Terror“, Ullstein 2015).

17 Nennen wir doch beispielsweise den stellvertretenden Versammlungsleiter.

18 Vgl. Fußnote 8.

19 Ullstein 2012

20 Friedrich Nietzsche: „Morgenröte. Gedankenüber die moralischen Vorurteile“, Aphorismus 370 (1881).

21 Stellungnahmen des SMT im Ausgangs-Tweet. Auch die polizeilichen Aussagen im Artikel der Freien Presse vom 12.03.19 - „[Der junge Kollege] wurde explizit auf das zukünftige Vermeiden solcher Situationen hingewiesen. (...) Bei ähnlich gelagerten Polizeieinsätzen werde die Thematik künftig in Einweisungen eine Rolle spielen.“ - sind in diesem Zusammenhang suboptimal.

22 Sein und Zeit, 1927.

23 3nach9, Radio Bremen, Sendung vom 08.03.19

24 Nach einer Studie der US-Psychologin Kimberlee Weaver

25 Nach einer Studie von Craig Anderson, Mark Lepper und Lee Ross





Dienstpostenbewertung in ...

... Thüringen

Unter Berücksichtigung aktueller Entscheidungen der Thüringer Verwaltungsgerichte wird seit 2012 für den Bereich der Thüringer Polizei auf die Bündelbewertung verzichtet. Mit der Errichtung der Landespolizeidirektion waren alle dort vorhandenen Dienstposten im Organisationsplan amtskonkret („spitz“) ausgewiesen. Es wurden landeseinheitliche Dienstpostenbeschreibungen erarbeitet. Die Dienstpostenbewertungen in den jeweiligen Laufbahngruppen wurden einheitlich mindestens dem ersten Beförderungsniveau zugeordnet. Im Rahmen der Überprüfung der Polizeistruktur sollten insbesondere die Personal- und Organisationsentwicklung der Thüringer Polizei sowie die Ausgestaltung der rechtlichen, sachlichen Rahmenbedingungen für die Dienstausbildung geprüft und bei Bedarf die Strukturreform weiterentwickelt werden. Die Dienstpostenbewertungen sind beizubehalten bzw. bei Notwendigkeit nach oben zu korrigieren. Die GdP Thüringen forderte mehrfach die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verabredeten Maßnahmen, wie die Unterlegung aller Dienstposten mit Planstellen und Stellen im jeweils geltenden Haushalt und damit die Anpassung des Stellenplans an die Organisations- und Dienstpostenpläne. Laut Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) müssen Bewertungen von Funktionen (Ämter) stattfinden. Dazu ist das typische Aufgabenprofil der Ämter im konkret funktionellen Sinn (Dienstposten) zu ermitteln. Aus diesem Grund und aus dem Anspruch des Beamten auf amtsangemessene Beschäftigung ist es notwendig, die auf der Grundlage des Organisationsplanes vorgesehenen Dienstposten zu beschreiben. Bei der Dienstpostenbewertung ist eine gewisse Flexibilität unverzichtbar, da nur durch sie die Handlungsfähigkeit der Organisation Polizei gewährleistet werden kann.

Monika Pape

... Sachsen

Eine Dienstpostenbewertung findet in der Polizei des Freistaates Sachsen ohne eine Beteiligung der Personalvertretung statt (weder Mitwirkung noch Mitbestimmung).

Mithilfe einer Bewertungsmatrix werden Verantwortung/Selbstständigkeit mit 20 Prozent, Schwierigkeit der Aufgabe mit 25 Prozent, Führungsaufgabe mit 25 Prozent, Ausbildung/Lehrtätigkeit mit 7,5 Prozent, erforderliche Qualifizierung mit 7,5 Prozent und Bedeutung/Außenwirkung mit 15 Prozent bewertet und gewichtet. Das mathematische Ergebnis müsste nun zu einer festen Zuordnung zu einer Besoldungsgruppe führen.

Stattdessen führen aber sogenannte „Ermessensspielräume“, haushälterische Zwänge und Bündelbewertungen in unterschiedlichsten Ausformungen (A 9/A 10, A 10 bis A 12) zu einer nicht zufriedenstellenden Dienstpostenbewertung.

Die Festschreibung der uneingeschränkten Mitbestimmung der Personalvertretungen bei der Dienstpostenbewertung gemäß Sächsisches Personalvertretungsgesetz (Sächs-PersVG) durch den Gesetzgeber wäre ein geeignetes Mittel, um bei dieser nicht sachgerechten Bewertung von Dienstposten Abhilfe zu schaffen.

Erik Berger

... Sachsen-Anhalt

Im Besoldungsgesetz des Landes ist im § 18 der Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung geregelt. Alle Funktionen für Beamte sind nach den mit ihnen verbundenen Anforderungen sachgerecht zu bewerten und Ämtern zuzuordnen. Eine Funktion kann aus sachlichen Gründen, insbesondere wenn sie mit ständig wechselnden Aufgaben einhergeht, bis zu drei Ämtern derselben Laufbahngruppe zugeordnet werden, wenn dabei die Möglichkeit einer angemessenen Leistungsbewertung bestehen bleibt. Die Mehrzahl aller Stellen im Polizeivollzug werden im Besoldungsgesetz oder durch die Struktur mit den Stellenplänen vorgegeben.

Im mittleren Dienst und in verschiedenen Bereichen des gehobenen Dienstes, z. B. des Reviereinsatzdienstes, gibt es gebündelte Dienstposten. Für gleichartige Funktionen werden Stellen unterschiedlicher Wertigkeit bereitgestellt, die Beförderung ist dann nicht mit einem Funktionswechsel verbunden.

Einige Dienstposten werden aber aufgrund ihrer Einmaligkeit in der Polizei z. B. im LKA, der PI ZD oder im MI auch analytisch bewertet. Die verschiedenen mit der Wahrnehmung einer Stelle verbundenen Anforderungen werden jede für sich erfasst und bewertet. Aus diesen Teilbewertungen wird nach einer vorgegebenen Systematik die Gesamtbewertung entwickelt.

Übrigens, nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. 10. 2016 – 2 A 2.14 – ist die Klage eines Beamten auf höhere Bewertung des Dienstpostens unzulässig. Mit der Dienstpostenbewertung erfüllt der Dienstherr einen gesetzlichen Auftrag (§ 18 BBesG). Er handelt dabei ausschließlich im Bereich der allein ihm zustehenden Organisationsgewalt. Subjektive Rechte der Beamten werden von einer Dienstpostenbewertung nicht berührt.

Uwe Petermann

